

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1890

19.11.1890 (No. 317)

Karlsruher Zeitung.

Mittwoch, 19. November.

No 317.

Expedition: Karl-Friedrich-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Vorabbezahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf. 1890.
Einsendungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfennige. Briefe und Gelder frei.

Nichtamtlicher Theil.

Karlsruhe, den 18. November.

Die am 13. und 14. d. M. in Bern stattgehabte Tessiner Veröhnungskonferenz hat bekanntlich zu keiner vollständigen Einigung der beiden politischen Parteien geführt; namentlich in Bezug auf die Wahlen in den Verfassungsrath konnte keine Verständigung erzielt werden. Die Vertreter des Bundesraths schlossen die Konferenz mit der Erklärung, daß sie dem Bundesrathe Bericht erstatten und sodann den Konferenztheilnehmern das Resultat der Bundesrathsverhandlung schriftlich mittheilen würden. Diese Mittheilung ist nun erfolgt. Die Bevollmächtigten des Bundesraths für die Tessiner Konferenz haben an die tessinischen Mitglieder der Konferenz ein ernst gehaltenes Schreiben gerichtet, in welchem sie denselben nochmals Veröhnung anempfehlen und zu diesem Zwecke besondere Vorschläge betreffs der Volkszählung und Stimmberechtigung unterbreitet werden; ferner weisen sie darauf hin, daß es zeitgemäß sei, zu der früheren Eintheilung der Wahlkreise zurückzukehren. Sodann werden bessere politische Einrichtungen, sanftere, verständlichere politische Stellen, sowie die gemeinsame Vetheiligung beider Parteien bei Regierung und Rechtspflege als notwendig bezeichnet. Die Mitglieder werden eruchtet, die endgiltigen Ergebnisse ihrer Beratungen dem eidgenössischen Kommissar, der sie in Gesamtheit oder einzeln anhören kann, mitzutheilen. Die Delegirten des Bundesraths müssen jedoch spätestens den 25. November im Besitze dieser Vorschläge sein, damit sie Bericht darüber an die Bundesversammlung erstatten können.

Das englisch-portugiesische Abkommen über die Einführung eines provisorischen Rechtszustandes in den besetzten Gebieten Afrikas ist bereits am Tage seiner Unterzeichnung in Kraft getreten. Der Inhalt des Abkommens stimmt mit den schon früher gemachten Angaben überein. Von der portugiesischen Regierung ist die Schiffsahrt auf dem Sambesi und Shire freigegeben; außerdem verpflichtet Portugal sich, den Durchgangsverkehr auf den genannten Wasserstraßen und dem Bangeue, sowie den Landtransport an den nicht schiffbaren Stellen zu erleichtern. Auch zwischen den portugiesischen Küstenhäfen und den englischen Schutzgebieten im Innern verpflichtet sich Portugal, den Transportdienst, sowie die Post- und Telegraphenverbindung zu fördern. Als Gegenleistung bestimmt dann der § 4 in seiner endgiltigen Fassung, daß England und Portugal die in dem Vertrage vom 20. August d. J. festgesetzten Gebietsgrenzen insofern vorläufig anerkennen, daß keine von beiden Mächten während der Dauer dieses auf 6 Monate geschlossenen Abkommens über diese ihre Grenzen hinaus Verträge abschließen, Protektorate annehmen oder sonst irgend einen Akt der Souveränität ausüben wird; alles dies aber ohne Präjudiz für irgend welche Fragen, die sich etwa bei den späteren Verhandlungen betreffs dieser Gebietsgrenzen erheben. Unterzeichnet ist das Abkommen von englischer Seite durch Lord Salisbury, von portugiesischer Seite durch den Geschäftsträger Soveral. Die Verhandlungen für ein endgiltiges Abkommen werden unverweilt in die Hand genommen werden; dieselben sollen jedoch nicht in London, sondern in Lissabon geführt werden, wo der englische Gesandte, Glynn Peter, direkt mit dem neuen Kabinett verhandeln wird.

Deutschland.

Berlin, 17. Nov. Heute früh empfing Seine Majestät der Kaiser den neuernannten Staatsminister v. Heyden, hörte dann den Vortrag des Staatssekretärs Fehren v. Marschall, sowie daran anschließend denjenigen des Reichskanzlers v. Caprivi. Von 11 Uhr an arbeitete Seine Majestät mit dem Chef des Zivilkabinetts.

Bei der heutigen Tafel in der Bildergalerie saß das erlauchte Brautpaar zwischen der Kaiserin Augusta Victoria und der Kaiserin Friedrich, diese neben dem Bräutigam, Erstere neben der Braut. Neben der regierenden Kaiserin folgten: Fürst Schaumburg-Lippe, Prinzessin Christian zu Schleswig, Herzog von Connaught, Erbprinzessin von Meiningen, Erbgroßherzog von Hessen, Fürstin Klauß a. L., Landgraf Alexis von Hessen-Philippsthal; von der Kaiserin Friedrich abwärts folgten Großherzog von Hessen, Herzogin von Connaught, Prinz Heinrich von Preußen, Prinzessin Margarethe, Erbgroßherzog von Oldenburg, Herzogin Johann Albrecht von Mecklenburg, Fürst von Hohenzollern. Dem Brautpaar gegenüber saß der Kaiser, von demselben rechts: Fürstin von Schwarzburg, Kronprinz von Griechenland, Herzogin von Edinburgh, Prinz Albrecht, Prinzessin Friedrich Leopold, Fürst zu Waldeck, Erbprinzessin von Hohenzollern, Votchschafter Malet; links vom Kaiser: Kronprinzessin von

Griechenland, Herzog von Clarence, Prinzessin Heinrich, Prinz Friedrich Leopold, Prinzessin Albrecht, Prinz Alexander von Preußen, Erbprinzessin von Schaumburg. Zur heutigen Galavorstellung im königlichen Opernhause war Webers „Deron“ gewählt. In der großen Königsloge saß das Brautpaar in der Mitte; der Bräutigam trug den ihm heute verliehenen Schwarzen Adler-Orden, zur Rechten der Braut saßen der Kaiser, die Fürstin von Schaumburg-Lippe, die Kronprinzessin von Griechenland, neben dem Bräutigam die Prinzessin Heinrich, der Fürst von Schaumburg, die Herzogin von Edinburgh, dahinter die Prinzessinnen und die Prinzen des preussischen und des englischen Hauses, ferner der Kronprinz von Griechenland; in der Fremdenloge wohnten der Reichskanzler inmitten der Votchschafter, Graf Molke, Generaloberst v. Pape unter der Generalität der Vorstellung bei. Während der Feste wurde im Konzertsaal Cercle gehalten und der Thee gereicht.

Auf Grund des Artikels 6 der Reichsverfassung ist von Seiner königlichen Hoheit dem Prinz-Regenten von Bayern der Staatsminister der Justiz, Freiherr v. Leonrod, zum bayerischen Bevollmächtigten beim Bundesrath ernannt worden.

Heute Mittag um 12 Uhr verabschiedete sich der bisherige Landwirtschaftsminister Fehr. v. Lucius von den Beamten des Ministeriums. Fehr. v. Lucius richtete an die Herren eine Ansprache, in welcher er seinen Dank für die treue Unterföhrung, die ihm von Seiten seiner Mitarbeiter geworden, und die Hoffnung aussprach, daß die gegenseitigen Geföhle, welche dieses Zusammenhien hatte entstehen lassen, auch nach seinem Scheiden vom Amt unverändert bestehen bleiben würden. Das Hoch auf Seine Majestät den Kaiser, welches der Herr Staatsminister ausbrachte, schloß den Akt.

Der zum preussischen Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten ernannte bisherige Regierungspräsident in Frankfurt a. d. O., v. Heyden-Cadow, steht zur Zeit im 51. Lebensjahr. Er war, ehe er vor 7 Jahren nach Frankfurt versetzt wurde, längere Zeit Polizeipräsident von Stettin. Dem preussischen Abgeordnetenhaus gehörte er als Vertreter des ersten Stettiner Wahlkreises vom Jahre 1877 bis 1889 an und war Mitglied des Staatsraths seit dem 11. Juni 1884. Gestern ist der neue Minister schon als solcher von Seiner Majestät dem Kaiser empfangen worden.

Am morgigen Tage feiert der Generalleutnant à la suite Wilhelm Graf v. Kanitz die Wiederkehr des Tages, an welchem er vor 50 Jahren in das 1. Garde-regiment zu Fuß eintrat. Der General, welcher auf eine thatenreiche und ehrenvolle militärische Laufbahn zurückblickt, lebt seit seinem Uebertritt in Inaktivität auf seinem Gute Schmutzgerow bei Anklam in Pommern. Zuletzt war Graf Kanitz Generalmajor und Kommandeur der 1. Gardeinfanteriebrigade und beauftragt mit der Wahrnehmung der Geschäfte der Kommandantur von Potsdam.

Dem Bundesrath ist nun auch der Entwurf des Gesetzes betreffend die Feststellung des Reichsaus-halts etats für das Jahr 1891/92 zugegangen. Der Etat balanzirt mit 1 134 491 942 M., und zwar betragen die fort-dauernden Ausgaben 941 678 766 M. Die einmaligen Ausgaben belaufen sich auf 91 761 183 M. im ordentlichen und auf 101 051 933 M. im außerordentlichen Etat. Mit wenigen Ausnahmen sind alle Verwaltungszweige bei der Erhöhung der Ausgaben theilhaftig. Die fort-dauernden Ausgaben erhöhen sich um 80 985 395 M. Die einmaligen Ausgaben des ordentlichen Etats betragen 332 879 M. weniger als im laufenden Etat. Im außerordentlichen Etat betragen die einmaligen Ausgaben 216 034 351 M. weniger als im vorjährigen Etat und die Gesamtsumme der einmaligen außerordentlichen Ausgaben verringert sich um 135 381 835 M. Die Matrifalarbeiträge erhöhen sich um 22 035 508 M.

Ueber die Reform der Zuckersteuer wird der „Schles. Ztg.“ geschrieben:

Wie von unterrichteter Seite verlautet, ist der Plan, welcher dem ziemlich umfangreichen Gesetzentwurf über die Reform der Zuckersteuer zu Grunde liegt, sehr einfach. Der Entwurf bezweckt an Stelle des gegenwärtigen gemischten Systems von Material- (Rüben-) und Fabrikat-(Zucker-)steuer die Einführung der reinen Fabrikatsteuer dergestalt, daß künftig der für den Inlandsverbrauch bestimmte Rübenzucker einer Verbrauchsabgabe von 22 Mark für den Doppelcentner unterliegt und der unter Steuerkontrolle ausgeführte Zucker von der Steuer frei bleibt. Die Verbrauchsabgabe wird erhoben, sobald der Zucker aus der Steuerkontrolle in den freien Verkehr tritt. Für Ausfuhrfabrikate, zu denen deutscher Rübenzucker verwendet ist, wie zum Beispiel Cocolade, kann die Steuer gemäß bundesrätlichen Anordnungen nachgelassen werden. Es können steuerfreie Niederlagen für Zucker errichtet werden, in welchen unversehrter Zucker gelagert und auf Fabrikate, die aus verfeuertem Zucker für die Ausfuhr

hergestellt sind, die gezahlte Steuer zurückvergütet wird. Als Termin für das Inkrafttreten des Gesetzes ist der 1. August 1892 in Aussicht genommen; jedoch treten dann nicht alle Bestimmungen voll in Kraft, sondern es werden Uebergangsbestimmungen für die Zeit bis 1. August 1895 getroffen. Abgesehen von besonderen Vorschriften für die Behandlung des vor dem 1. August 1892 hergestellten Ausfuhrzuckers soll in der Uebergangszeit die Verbrauchsabgabe statt 22 Mark nur 20 Mark 75 Pfennig betragen und sollen außerdem für die Ausfuhr Prämien, welche je nach Gehalt und Art des Zuckers 1 Mark bis 1 Mark 75 Pfennig auf den Doppelcentner betragen, aus dem Aufkommen der Zuckersteuer gewährt werden. Es handelt sich also in der That für die drei Uebergangsjahre um ein offenes Prämienhien, das indessen keine Abnutzungen nach der Zeit aufweist, ebenso wie für die Verbrauchsabgabe von 1892 bis 1895 nur ein Satz, 20 Mark 75 Pfennig, gelten soll. Die Materialsteuer wäre, wenn der Entwurf Gesetz wird, bereits mit dem 1. August 1892 endgiltig abgeschafft. Von da ab soll zugleich der Einfuhrzoll auf Zucker von 30 auf 32 Mark für den Doppelcentner erhöht werden.

Die Arbeiterschutz-Kommission des Reichstags berieht heute den § 125 der Regierungsvorlage über die Bestrafung des Kontraktbruchs. Von mehreren vorliegenden Änderungsanträgen geht am weitesten ein Antrag Letocha, dem zufolge die Arbeitgeber Lohntheile einbehalten können, die bei widerrechtlichem Verlassen der Arbeit von Seiten der Arbeiter als Ersatz für den dadurch erlittenen Schaden zu dienen haben. Weber, Hirsch bekämpften die Vorlage, wie alle Änderungsanträge. Minister v. Berlepsch griff wiederholt in die Erörterung ein und betonte, daß ein öffentliches Interesse die Bestrafung des Kontraktbruchs erheische, derselbe werde auch in England bestraft. Schließlich vertagte sich die Kommission, ohne eine entscheidende Abstimmung vorgenommen zu haben, bis morgen.

In parlamentarischen Kreisen nimmt man an, wie die „Post“ schreibt, daß in Beantwortung der Rede des Reichskanzlers v. Caprivi im Abgeordnetenhaus sich zunächst eine allgemeine Generaldiskussion erheben wird, die Donnerstag, Freitag und Samstag dauern kann, so daß die eigentliche Generaldiskussion über das Einkommensteuergesetz erst Montags nächster Woche beginnen und dann vielleicht zwei Tage in Anspruch nehmen würde. Mittwoch den 26. November würde also dann in die erste Lesung des Volksschulgesetzes eingetreten werden und schließlich die Landgemeindeordnung folgen. Die kommissarischen Beratungen der Reformgesetze würden sonach nicht vor Anfang Dezember beginnen. Ob Finanzminister Dr. Miquel bei Beginn der Debatte das Wort nehmen wird, um die Grundzüge der Gesetzentwürfe und vielleicht ein allgemeines Finanzprogramm zu entwickeln, gilt noch für ungewiß; vielfach wird angenommen, daß der Minister zunächst die Meinungsäußerungen aus dem Hause anhören und erst später in die Verhandlungen eingreifen würde.

Der bisherige Geheime Regierungs- und vortragende Rath im Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten, Humperdinck, ist zum Geheimen Oberregierungs-rath und der bisherige Hilfsarbeiter im genannten Ministerium, Regierungsrath Noebius, zum Geheimen Regierungs- und vortragenden Rath in diesem Ministerium ernannt.

In der am 14. d. M. hier abgehaltenen Sitzung des Komite's für die Karl Peters-Stiftung wurde beschlossen, daß der aus dieser Stiftung für den Victoria Nyanza zu erbauende Dampfer den Namen „Carl Peters“ führen soll. Es wurde ferner mitgetheilt, daß zur Zeit im Ganzen über 95 000 M. zusammen sind. Dieser Betrag reicht indessen zu dem in Aussicht genommenen Dampfer noch nicht aus und werden daher die Sammlungen fortgesetzt.

Während der Monate April bis September 1890 sind bei den 16 der preussischen Kontingentsverwaltung angehörigen Armeecorps 82 Mannschaften vom Hirschschlag befallen worden. Von diesen Erkrankten starben 10. Auf die Zeit der Herbstübungen, die Monate August und September, entfielen 48 Erkrankungen mit 4 Todesfällen. Es muß, wie der „Reichsanz.“ hervorhebt, betont werden, daß es bei den ganz besonderen Witterungsverhältnissen dieses Sommers, wo einer langen kühlen regnerischen Zeit plötzlich Zeiträume mit auffallend hoher, trockener Luftwärme folgten, nur der Aufzöhtung aller Vorsichtsmaßregeln und der Anwendung schnellster sach-gemäßer Hilfe zu verdanken ist, wenn die Zahl der Hirschschlagtodesfälle eine so verhältnismäßig beschränkte geblieben ist. Hielen doch gerade die großen militärischen Sommer- und Herbstübungen zum Theil in die Zeit der unvermuthet eintretenden abnorm hohen Hitze.

Stuttgart, 17. Nov. Der Generalmajor Freiherr Schott v. Schottenstein, Kommandeur der 51. Infanteriebrigade (1. Königl. Württemb.), ist unter Ver-

setzung zu den Offizieren à la suite der Armee nach Preußen kommandiert, um die 30. Division zu kommandieren. Der frühere Kriegsminister Generalleutnant z. D. v. Suckow ist zum General der Infanterie befördert. Ferner sind von dem Kommando nach Preußen entlassen und in Genehmigung ihres Abschiedsgesuches mit Pension zur Disposition gestellt: der Generalleutnant à la suite der Armee v. Gravenitz (unter Verleihung des Kommenthurkreuzes des Militärverdienstordens) und der Generalmajor à la suite der Armee v. Sarway (als Generalleutnant).

Österreich-Ungarn.

Wien, 17. Nov. Das Abgeordnetenhaus lehnte einen Antrag der äußersten Linken auf Aufhebung des Totalitätsab. Der Finanzminister erklärte, die Totalitätsfrage gleichzeitig mit der Votofrage lösen zu wollen. Die Regierung warte ab, was andere Staaten in dieser Beziehung thun; jedenfalls beabsichtige die Regierung, durch höhere Besteuerung der Einfüsse die Spielwuth einzudämmen.

Italien.

Rom, 17. Nov. Zwischen der italienischen und der englischen Regierung sind die Verhandlungen über die Abgrenzung der beiderseitigen Interessensphären in Afrika wieder aufgenommen worden. (Dieselben gerieten vor einiger Zeit in's Stocken, da die beiden Regierungen zu keiner Verständigung hinsichtlich Cassala's gelangen konnten. Aus der Wiederaufnahme der Verhandlungen geht hervor, daß die Schwierigkeiten, auf welche die Beratungen damals stießen, jetzt so weit überwunden sind, daß man zu einer Vereinbarung zu gelangen hofft.) — Es ist jetzt der altmährische Beweis dafür geliefert, daß die radikale Wahlagitatorik in Italien mit französischem Gelde betrieben wird. Der Abgeordnete Zamboni veröffentlicht in der „Capitale“ nämlich einen Brief Cernuschi's aus Paris, in welchem dem radikalen Parteikomitee in Rom 100 000 Francs für Wahlzwecke zur Verfügung gestellt werden, und einen Brief Cavalotti's, in welchem diese Summe angenommen wird. Die „Tribuna“ hat wohl Recht, wenn sie die Ansicht ausspricht, daß die Veröffentlichung des Briefes Cernuschi's ein Fehler war, indem er der Regierung eine wirksame Waffe gegen die Radikalen in die Hand gibt. Die Radikalen, die französische Hilfsgelder annehmen, haben wohl die geringste Berechtigung, Herrn Crispi vorzuwerfen, daß er „mit dem Auslande konspirire“.

Frankreich.

Paris, 17. Nov. Die Budgetberatung in der Deputiertenkammer nimmt einen ziemlich glatten Verlauf. Heute beendigte die Kammer zunächst die Erörterung über den Marineetat, beriet dann den Etat für Algerien und den Postetat und behielt noch so viel Zeit übrig, auch den Etat der öffentlichen Arbeiten in Angriff zu nehmen. Die Frage der Invaliditäts- und Altersversicherung der Arbeiter ist nun auch an die französische Kammer herangetreten. Der Deputierte Kamel hat einen Gesetzentwurf über die Invaliditäts- und Altersversicherung für Industrie- und Landarbeiter, sowie für alle Bediensteten, deren Lohn 3 000 Francs nicht übersteigt, eingebracht. Der Jahresbeitrag soll vom Tagelohn mit mindestens 5 Centimes täglich eingehoben, dem Arbeiter aber freigestellt werden, den Beitrag beliebig zu erhöhen. Der Arbeitgeber würde nach dem Entwurf zu einem gleichen Beitrag verpflichtet sein wie der Arbeiter, jedoch nur bis zu 10, bei gesundheitsgefährlichen Industrien bis zu 15 Centimes. Die höchste erreichbare Arbeiterpension will Kamel in dem Betrage von 1 000 Francs mit dem 61. Lebensjahre eintreten lassen. Es wird interessant sein, die Verhandlungen der französischen Deputiertenkammer über das Problem der Invaliditäts- und Altersversicherung zu verfolgen. Auf die Dauer wird Frankreich sich eben so wenig wie ein anderes Land mit hochentwickelter Industrie und Landwirtschaft der Arbeiterversicherung gegen Invalidität und Alter verschließen können. — Wie der „Temps“ meldet, ist das in London erscheinende anarchistische Blatt „L'Internationale“, welches unter der Maske einer religiösen Broschüre hier eingeführt worden war, von der französischen Regierung verboten worden. Ein Artikel der letzten Nummer enthielt die Aufforderung an die Anarchisten, die große Oper in die Luft zu sprengen. Diese unverfrorene Aufforderung scheint die nächste Veranlassung zu dem Verbote des Blattes gewesen zu sein. — Aus dem Duell zwischen Laguerre und Déroulède entwickelt sich ein ganzer Mattenkönig neuer Duells. Zunächst wird morgen das Duell zwischen Laguerre und Le Senne ausgetragen werden, dann soll Déroulède, der vorher der Geforderte war, nun Laguerre fordern wollen, und endlich will Laguerre die beiden Zeugen Déroulède, Millevoje und Dumonteil, zum Kampfe laden. Das macht im ganzen 4 neue Duells für Laguerre, dessen „Presse“ diesem Vorgange heute genau ebensoviel Spalten widmet.

Belgien.

Brüssel, 18. Nov. (Tel.) Wie „Le Patriote“ meldet, ist in den Kohlenruben von Frisur und Raifin ein allgemeiner Streik ausgebrochen.

Niederlande.

Haag, 17. Nov. Die feierliche Eidesleistung Ihrer Majestät der Königin als Regentin wurde am 20. November endgiltig festgesetzt; die Königin kehrt nach der Feier nach Schloß Loo zurück.

Großbritannien.

London, 17. Nov. Das telegraphisch bereits mitgetheilte Erkenntnis des Gerichts, durch welches die Ehe des Kapitän D'Shea auf Antrag des Gatten geschieden wird, gilt als ein empfindlicher Schlag für den irischen

Parteiführer Barnell. Troßdem Barnell die ihm zur Last gelegten Beziehungen zur Frau D'Shea geläugnet hat, ist das Gericht zu dem Urtheil gelangt, daß die Klage des Ehemannes gerechtfertigt war, und das persönliche Ansehen Barnells muß unter dieser richterlichen Entscheidung Schaden leiden. Bielefach hört man die Ansicht aussprechen, daß Barnell demselben Schicksal verfallen sei, wie seiner Zeit Sir Charles Dille, dem gleichfalls ein Ehebruchprozeß die weitere politische Laufbahn abschchnitt. Die beiden nach Amerika gereisten irischen Abgeordneten O'Brien und Dillon haben sich allerdings, von einem amerikanischen Zeitungsberichterstatter um ihre Ansicht befragt, dahin ausgesprochen, daß sie keine Nothwendigkeit für einen Rücktritt Barnells von der Führerschaft der irischen Partei einsehen; allein die beiden Parteifreunde Barnells dürften in diesem Falle doch kaum als die Repräsentanten der öffentlichen Meinung Irlands oder Englands anzusehen sein. — In den letzten Tagen haben hervorragende Mitglieder aller drei englischen Parteien, nämlich von Seiten der liberalen Unionisten der Schatzkanzler Goschen, von Seiten der Konservativen der Präsident des Handelsamtes, Hicks-Beach, und als Anhänger Gladstone's Sir Charles Russell und Carl Spencer, in politischen Versammlungen gesprochen. Goschen war der Hauptredner in der Jahreskonferenz, welche der Nationale Verband der englischen konservativen Vereine in Dundee abhielt. Die Gladstoneaner meinte er, hätten das Argument Hartington's, wie im Falle der Einführung von Home Rule für Irland, Schottland, England und Wales die vier Premierminister, wenn sie vier verschiedenen politischen Parteien angehörten, mit einander fertig werden wollten, nicht widerlegt. Kein Gladstoneaner Politiker hätte sich je klar darüber ausgesprochen, welche Befugnisse das Reichs- und die Provinzialparlamente haben sollten. Der Vorwurf, welchen Gladstone der Regierung mache, sie beachte die Wünsche Schottlands nicht, sei durchaus hinfällig. In den letzten vier Jahren sei mehr für Schottland gethan worden, als Gladstone während seines fünfjährigen Ministeriums gethan habe. Ob die Abstimmung der schottischen Abgeordneten über eine Entstaatlichung der Kirche wirklich die Meinungen des schottischen Volkes widerspiegelte, dürfte fraglich sein. Das Programm der liberalen Partei bestehe zur Zeit aus einem Paragraphen, nämlich demjenigen über Home Rule. In allem Uebrigen habe jeder Gladstoneaner Politiker sein eigenes Programm. Gladstone müsse es sehr schwer fallen, allen radikalen Forderungen, welche man an ihn stellen würde, Genüge zu leisten. In Bristol sprach bei dem Festmahle der Konservativen zum Andenken an den um die Stadt hochverdienten Philanthropen Edward Colston der Präsident des Handelsamtes, Sir Michael Hicks-Beach. Der Minister beglückwünschte seine Zuhörer zu der Thatsache, daß die Zustände in Irland jetzt bei weitem besser seien, als sie zu irgend einer Zeit während der verfloßenen fünf Jahre gewesen seien. Die freundliche Aufnahme des irischen Obersekretärs Balfour in den verarmten Bezirken sei die Dämmung eines helleren Tages, und voraussichtlich würden sich jetzt auch irische Wählergemeinden zu Vertheidigern der Union aufwerfen. In der kommenden Parlamentssession werde die Regierung der drohenden Obstruktion damit entgegenzutreten, daß sie keinen Vorwand dafür gebe; sie werde ihr Programm nicht überlassen und ihre Maßregeln so formen, daß sie nur Anlaß zu vernünftigen Debatten bieten werden. Bei dem liberalen Festessen in Bristol hielt Sir Charles Russell, der bekannte Abolofat und Generalfiscal im letzten Gladstone'schen Ministerium, eine längere Rede, in deren Verlaufe er sich hoffnungsvoll über die Aussichten der Partei äußerte und der Partei der liberalen Unionisten einen halbigen Untergang prophezeigte. Er verglich die irischen Bodenverhältnisse Gladstone's mit denen der gegenwärtigen Regierung. Letztere würden, im Falle sie angenommen werden sollten, die Lösung der irischen Bedürfnisse nicht wesentlich fördern. Die einzige praktische Lösung sei die, welche dem irischen Volke eine gewisse Kontrolle über ihre eigenen Angelegenheiten einräume. In ähnlicher Weise äußerte sich auch Carl Spencer, der frühere liberale Vizekönig von Irland, in einer Rede, die er in einer Versammlung liberaler Wähler in Grennold hielt. Er sprach die Meinung aus, daß die irische Home-Rule-Frage zuerst gelöst werden sollte. Dann könne ermittelt werden, ob die Engländer und Schotten eine ähnliche Veränderung ihrer Staatseinrichtungen wünschten. Die Rede Spencers bekräftigt also, was Goschen sagt, daß das Programm der liberalen Opposition zunächst auf die Erreichung von Home-Rule beschränkt ist.

— Zu dem großen Londoner Börsenkrach schreiben die „Sunday Times“: „Erst am Freitag wurde es bekannt, daß eines der größten Londoner Finanzhäuser, Gebüder Varing, in Schwierigkeiten und gezwungen war, um Hilfe nachzusuchen. Daß die betr. Firma ungeheure Verluste in ihren Geschäften mit Argentinien und Uruguay erlitten hatte, war bekannt, aber niemand vermuthete, bei dem Reichthum des Hauses und dem hohen Ruf und der sozialen Stellung desselben, daß die Dinge je so weit hätten kommen können. Dennoch ist es eine traurige Thatsache, daß die Bank von England die Angelegenheiten der Firma in die Hand nehmen mußte, wobei die ersten Firmen London's mitwirkten und ein Garantiefonds von 200 Millionen Mark gesammelt wurde, um der Firma über ihre Schwierigkeiten zu helfen. Zu dieser Summe zeichnete die Bank von England 20 Millionen, drei der Joint-Banken 10 1/2 Millionen jede, zwei andere 10 Millionen und zahlreiche andere Institute geringere Summen. Die Bürgschaft erstreckt sich über drei Jahre. Gegenwärtig belaufen sich die Verbindlichkeiten der Firma nach annähernder Schätzung, einschließlich 320 Millionen acceptirter Wechsel auf 420 Millionen und die Aktiva zu den jetzigen Preisen auf 480 Millionen. Die erregte Besorgnis war so groß an hohen Stellen, daß die Bank von England dem Vernehmen nach von der Regierung bevollmächtigt wurde, wenn nöthig, weitere 40 Millionen Mark in Noten auszugeben. In der That hat die Bank Vollmacht, die Banknote zu suspendiren, falls ein solcher Schritt erforderlich ist. Die ursprüngliche Ursache der gegenwärtigen Schwierigkeiten bestand, wie es scheint, darin, daß die russische Regierung mehrere Millionen Einlagen entzog. Dieses stellte die Firma auf eine harte Probe, doch trägt sie selbst Schuld daran. Die russischen Behörden würden diese Vorsichtsmaßregeln nicht ergriffen haben, wenn die Firma sich nicht durch ihre unzähligen thörichten Handlungen der La Plata Republik gegenüber in Verurtheilung gebracht hätte. Sie hörte auf keine Warnung und stürzte sich in Geschäfte, welche sie lieber unangerührt hätte lassen sollen.“

Amerika.

Buenos Ayres, 18. Nov. (Tel.) Die Börse ist in Folge der Liquidation des Bankhauses Varing in London sehr erregt. In Montevideo betrug das Goldagio 48; die Aktien der Nationalbank von Uruguay wichen stark und notirten 19.

Großherzogthum Baden.

Karlsruhe, den 18. November.

*(Staatsprüfung für den höheren Finanzdienst.) Von den Finanzkandidaten, welche sich im Oktober d. J. der Staatsprüfung für den höheren Finanzdienst unterzogen haben, sind unter die Zahl der Finanzpraktikanten aufgenommen worden:

Wilhelm Schurr von Raftat,
Georg Zimmermann von Schwabenheimer Hof,
August Wolfhard von Dühren,
Erwin Suller von Durmersheim,
Johann Keller von Konstantz,
Adolf Böttlin von Konstantz,
Dr. Albert Siebert von Raftat,
Karl Seidle von Untereggingen,
Julius Fehrenbach von Furtwangen,
Karl Dietrich von Karlsruhe,
Arnold Niederer von Ruppenheim,
Ernst Haas von Strumbach,
Germann Winterhalter von Bruchsal,
Friedrich Eiche von Freiburg.

*(Im großen Museumsaal) hielt Herr Konrad Ernst v. Hesse-Wartegg am Samstag einen Vortrag über „Mexiko, Land und Leute“. Herr v. Hesse-Wartegg hat unter demselben Titel, den er seinem Vortrage gab, kürzlich ein Reisevermerk erscheinen lassen, das in der spannendsten und anziehendsten Darstellung seine großen Reisen durch ganz Mexiko, von Kalifornien bis Yucatan, schildert, und an dieses Werk knüpfte der Redner wiederholt in seinem lehrreichen Vortrage an. Die Vorzüge seines Werkes über Mexiko fanden wir in seinem Vortrage wieder. Immer ist das Urtheil zuverlässig, weil es sich auf umfangreiche Beobachtung und gründliche Erwägung stützt; für alle Verhältnisse des von ihm durchqueren Landes, mag es sich um die Bodenbeschaffenheit, um Sitten und Gebräuche der Bevölkerung, um Ackerbau oder um die Politik handeln, hat Hesse-Wartegg ein scharfes, geläutes Auge. Als gewandter Schriftsteller, der über einen leichten und lebhaften Stil verfügt, weiß er anfassend und fesselnd zu erzählen, im Buche sowohl wie am Rednerpulte. Dabei ist er in anerkannter Weise bescheiden, mehr für den Vortrag als für die Person des Vortragenden zu interessieren. Um den Vortrag zu beleben, beschränkte Herr v. Hesse-Wartegg sich nicht bloß auf sachliche Mittheilungen als die positiven Ergebnisse seiner Forschungen, sondern verwebte auch persönliche Eindrücke und Erlebnisse, wie z. B. in der Erzählung von der Beilegung des Popocatepetl, in seinem Bericht; aber das geschah nie in ruhmvoller Gespinntheit, ohne absichtliche Hervorhebung seiner Persönlichkeit. Vielmehr war es gerade die ungelüftete Anpruchslosigkeit, der natürliche Erzählungsstil, die in dem Vortrage des Herrn v. Hesse-Wartegg so sympathisch berührten. Der Vortragende hob im Eingange seines Berichtes hervor, Mexiko sei ein Land, in dem der Deutsche großer Beliebtheit sich erfreue. Deutsche fände man dort überhaupt, besonders den deutschen Kaufmann, und was der deutsche Handel in Mexiko bedeute, erfahre man am besten aus den Berichten der englischen Konsuln. Selbstamer Weisungen bis jetzt gerade in Deutschland die Urtheile über Mexiko sehr weit auseinander; die Einen riefen es als ein Land, in dem Milch und Honig fließe, als ein Paradies, die Andern als das Gegentheil. Der Vortragende erklärte diese Verchiedenheit der Ansichten damit, daß es ganz darauf ankomme, ob man von Veracruz oder von Norden in das Land eindringe. Vite der Süden wahrhaft paradiesische Gegenden, so sei der Norden rau und unfruchtbar. Veracruz, das Land des gelben Fiebers, sei der „gesundeste Ort, den man sich denken könne. Das Land war ehemals reich an Vulkanen gewesen, die jetzt bis auf eine geringe Anzahl völlig erloschen sind. Die Formation der Berge ist nach der Erklärung des Redners bei weitem nicht so spitz, wie sie in den geographischen Lehrbüchern angegeben sei. Die Schneeberge werden immer tonisch-spitz dargestellt mit Rauch über ihren Gipfeln. Dem gegenüber konstatierte der Redner, daß ganz Mexiko nur 5 Berge besitze, deren Gipfel mit einigem Schnee bedeckt sei. Einen derselben, den Popocatepetl, der unter den Bergriesen mit zu den höchsten zählt (17 800') und der noch ein in Thätigkeit befindlicher Vulkan ist, hat, wie schon berichtet, Herr von Hesse-Wartegg selbst besichtigt. Der Vortragende verbreitete sich eingehend über die Bevölkerungsverhältnisse von Mexiko, von dessen zehn Millionen Einwohner etwa fünf Millionen zu den Urbewohnern, dem Stamme der Azteken gehören, während etwa drei Millionen Mexikaner sind. Eigenthümlich berührt in Mexiko der maurische Typus in der Natur, was bei richtiger Erwägung der Verhältnisse aber nicht wunder nehmen könne. Die spanischen Urbevölkerer haben zur Zeit der Besitzergreifung noch selbst die maurische Art gehabt, die sie von den als Eroberer zu ihnen herüber gekommenen Mauren angenommen hatten; Spanien habe sich später wieder europäisiert, Mexiko, das jeder Neuerung verschlossen, sei aber auf dem alten Flecke stehen geblieben und stehe, von den Großstädten abgesehen, noch heute auf dem alten Standpunkte. Der Redner kennzeichnet im weiteren Verlaufe seines Vortrages besonders die Verhältnisse der Stadt Mexiko, die Lebensweise, Sitten und Gewohnheiten der Bevölkerung, die sich in neuerer Zeit mehr den Fortschritten der Kultur anschließt; er besprach rühmend die Verdienste des unglücklichen Kaisers Maximilian um die Hebung der öffentlichen Zustände Mexiko's, und charakterisierte die politischen Eigentümlichkeiten des Landes. Der Vortrag gewann an Interesse durch eine große Anzahl angelegter Photographien, die das Gebirge mit ihrer Wirkung auf das Auge unterstützten. Der lebhafteste Beifall des Publikums beim

Schluss des Vortrages zeigte, wie gut der Redner es verstanden hatte, die Hörer für den von ihm behandelten Stoff und für seine Darstellung zu interessieren.

Für die Mitglieder der Museums-Gesellschaft findet am Samstag das nächste Konzert statt. In demselben wirken die Hofopernsängerin Fräulein Frisch, der Hofopernsänger Herr Cordt, der Hofkapellmeister Herr Wasser, Herr Kübner, die Hofmusiker Herren Ahner, Schäbel, Beck, Klupp, Gerbothe und Härtlich, sowie der Solorepitor Herr Steiner mit.

Die Allgemeine Volksbibliothek hat vom 10. bis 16. November an 448 Besucher 543 Bände ausgeliehen.

Mannheim, 17. Nov. (Bürgerausschuss. - Theater.) Unser neugewählter Bürgerausschuss hält kommenden Freitag seine erste Sitzung ab und wird sich derselben mit verschiedenen sehr wichtigen Vorlagen zu beschäftigen. Zunächst handelt es sich um die Herstellung neuer Straßen für die östliche Stadterweiterung. Die bauliche Entwicklung östlich der Stadt ist an der äußersten Grenze angelangt, über welche hinaus sie nur durch die Anlage neuer Straßen weiter geführt werden kann. Die innerhalb des Friedrichsringes liegenden künftigen Baupläne sind bis auf wenige verlaufen. Allein auch im südlichen und südöstlichen Teil der Stadt ist die Bebauung soweit vorgeschritten, daß das private Gelände bis in den vorderen Teil der Schwesinger Vorstadt bereits zum größten Teile ausgenutzt ist oder doch in nächster Zeit zur Verwendung kommen wird. Unter diesen Umständen tritt die Notwendigkeit an die Stadtgemeinde heran, ein neues Baugelände außerhalb des Ringdamms zu erschließen. Ehe dies jedoch geschehen kann, muß nicht nur der Friedrichsring vollständig ausgebaut sein, sondern es müssen auch die zunächst liegenden Straßen angefüllt und hergestellt werden. Das zur Parzellierung zunächst vorgesehene Gelände umfaßt die sogenannten Glaciswiesen, einen Teil des Rosengartens und der sogenannten Kuhweide mit einem Flächeninhalt von etwa 65 000 Quadratmeter. Das gesamte Gelände liegt im Durchschnitt 5,5 Meter über dem Mannheimer Rheinegel. Geländehöhe und ästhetische Rücksichten verlangen jedoch von der neuen Stadtanlage, welche ein großstädtisches Aussehen erhalten soll, eine Höhe, welche jede Hochwassergefahr ausschließt und die Keller vor Grundwasser sichert. Deshalb soll die Straßenebene auf 10,60 Meter über Null des Mannheimer Rheinegels oder 1,10 Meter über den höchst bekannten Rheineauferstand des Jahres 1824 gelegt werden. Für die Auffüllung des der Baulast zu erschließenden Baulandstrahls ist eine Aufschüttung von 250 000 Kubikmeter notwendig. Gleichzeitig mit der Auffüllung der Straßen soll auch der um den Wasserthurm liegende freie Platz auf die vorgesehene Höhe gebracht werden. Die Gesamtkosten für diese Aufschüttungen und Herstellung von Straßen belaufen sich auf nicht weniger als 587 000 M. Ferner verlangt der Stadtrat vom Bürgerausschuss 22 500 M. für den Ausbau des Ausläuferplatzes am Rennerhofe, 50 000 M. für Herstellung der Schwesiger längs städtischer Gebäude und Plätze sowie für Schaffung verschiedener gepflasterter Uebergänge auf künftigen künftigen Straßen und für die Herstellung eines festen Gehweges auf den Plätzen in einer Breite von 4 Meter. Des Weiteren fordert der Stadtrat 5850 M. für die Herstellung der Straße nach dem Redarvorland zwischen Z 8 und Z 7 und 7000 M. für Errichtung von 25 städtischen Anschlagssäulen. Der Intendant unseres Groß-Theaters, Herr v. Stengel, hat dem Stadtrat das Budget des Theaters für das Jahr vom 1. Oktober 1890/91 übergeben und dasselbe hat schon die Zustimmung des Stadtrats gefunden, so daß sich der Bürgerausschuss in seiner nächsten Sitzung mit dem Budget zu beschäftigen haben wird. In dem Etat sind die Ausgaben und Einnahmen um 74 000 M. höher gegriffen als im Vorjahre, und zwar betragen die Einnahmen 422 000 M., während sich die Ausgaben auf 500 000 M. belaufen, somit ein Einnahmefizit von 78 000 M., welches von der Stadtkasse mittels eines außerordentlichen Zuschusses gedeckt werden muß. Im vorigen Jahre betrug der außerordentliche Aufwand, welchen unsere Stadtkasse für das Theater zu machen hatte, gleichfalls 78 000 M. Außer diesem außerordentlichen Zuschuss hat die Stadtkasse für unseren Wulstentempel noch folgende Summen beizutragen: Statutenmäßiger ständiger Zuschuss in die Theaterkasse 43 714 M. 28 Pf., in die Kasse des Pensionatsfonds 48 571 M. 43 Pf., in die Kasse des Reservefonds 1 714 M. 29 Pf., und als Feuerversicherungsprämien 11 000 M., somit zusammen 143 000 M., ein Betrag, welcher der Summe gleichkommt, die im vorigen Jahre die Stadt für das Theater leisten mußte. Die Mehreinnahmen hofft man durch die stattgefundenen Vermehrung der Vorstellungen zu erzielen. Die Mehrausgaben werden durch die Vermehrung des Theaterpersonals und Anschaffung notwendiger Dekorationsgegenstände und Kostüme verursacht.

Verchiedenes.

W. Berlin, 16. Nov. (Kochs Heilmittel.) In der Klinik des Dr. Levy fand heute Vormittag eine Demonstration sämtlicher bisher dort geheimer Fälle von Tuberkulose statt. Zahlreiche von auswärts herbeigekommene medizinische Autoritäten erkannten den Nages wohnt der Demonstration bei. Besonders Interesse erregte die Vorführung des Lupuskranken, bei dem zuerst die volle Wirksamkeit des Koch'schen Heilmittels zu Tage getreten war. Durch ein Telegramm in der vorigen Nummer unseres Blattes wurde schon mitgeteilt, daß gestern Abend Geheimrath v. Bergmann in dem königl. Klinikum eine außerordentliche Sitzung der Freien chirurgischen Vereinigung abhielt, in welcher er vor dem Kultusminister v. Gögler und vielen ärztlichen Autoritäten mehrere mit dem Koch'schen Heilmittel behandelte Kranke vorstellte. Wie wir den Berliner Blättern entnehmen, waren etwa 500 Ärzte erschienen, unter ihnen der Geh. Oberregierungsrath Dr. Althoff, der Generalstabsarzt Coler, die Generalärzte Grassnick und Mehler, die Professoren Virchow, Gerhardt, Leyden, Baldey, Biernstein, Kerlchensteiner-München, König-Göttingen, Thiersch-Leipzig, Braumann-Halle, Esmarch-Kiel, Geheimrath v. Bergmann stellte verschiedene Arten von Tuberkulosekranken vor: Lupus-, Drüsen-, Gelenk-, Knochen- und Kehlkopf-Kranke, die theils wiederholt geimpft, theils gestern früh geimpft worden waren, theils jetzt vor den Augen der Versammelten durch Stabsarzt Fühl geimpft wurden. Bergmann stellte zunächst fünf Lupuskranken vor, welche Einspritzungen erhalten hatten. Bei allen traten Fieber und Entzündung ein. Bergmann führte aus, die unfehlbare Sicherheit, mit welcher das Mittel Fieberanfall und Schüttelfrost herbeiführt, sichere demselben das volle ärztliche Interesse. Die nächsten drei Patienten, welche bereits einige Zeit in Behandlung stehen, haben mehrfache Injektionen erhalten, welche immer schwächere Reaktionserscheinungen hervorriefen. Somit war die beginnende Rückbildung zu verzeichnen. Das Mittel wird angewandt, bis kein Fieber mehr auftritt. Zwei Fälle von Lymphdrüsen-Tuberkulose an zwei kleinen Mädchen von strophylisem Aussehen zeigten deutliche Reaktionen. Be-

sondere Aufmerksamkeit erregten mehrere Fälle von Kehlkopf-Tuberkulose. Bei dreien waren schwere Ferkörungen am Kehlkopf nachgewiesen. Hierbei ist das Mittel von besonderem diagnostischen Werthe, weil die Verwechslung mit Krebs ungemein nahe liegt. Das Ausbleiben der Reaktion nach der Einspritzung spricht mit absoluter Sicherheit für Krebs. Es liegen heute aus so vielen Städten Deutschlands und des Auslandes Meldungen vor, nach denen dortige hervorragende Aerzte nach Berlin gereist sind, um das Koch'sche Verfahren zu studiren, das wir von einer Wiederholung der einzelnen Meldungen Abstand nehmen müssen.

W. Königsberg, 17. Nov. (Todesfall.) Der Generalarzt des 1. Armecorps, Dr. Taper, ist gestern an einem Schlaganfall gestorben.

Danzig, 17. Nov. (Der Prozeß) gegen den früheren Landesdirektor Dr. Wehr und den früheren Gutbesitzer Solz wegen Unterschlagung, Untreue, sowie Verleitung dazu und wegen passiver Bestechung begann heute vor der Strafkammer des hiesigen Landesrichters. Wehr ist außerdem zahlreicher Betrugsfälle theils gegen die Provinzialkasse, theils gegen eine Reihe von Privatpersonen, namentlich Gläubiger, angeklagt. Dr. Wehr und Solz geben den hauptsächlichsten Thatbestand zu, bestritten aber den verbrecherischen Charakter ihrer Handlungen. Der Prozeß wird voraussichtlich mehrere Tage in Anspruch nehmen.

Braunschweig, 17. Nov. (Die Verbreitung der Sprachen.) Der hier erscheinende, in Verbindung mit Fachmännern von Dr. Emil Decker herausgegebene „Illustrirte Zeitschrift für Länder- und Völkerverhältnisse (Globus)“ entnehmen wir nachfolgende Notiz: Bezüglich der Menschenzahlen, von denen die europäischen Hauptsprachen gesprochen werden, hat sich im Laufe des gegenwärtigen Jahrhunderts ein sehr beachtenswerther Umschwung vollzogen. Für das Jahr 1801 darf man die Zahl der französischen Redenden auf 31 500 000, die der russisch Redenden auf 31 000 000, die der deutsch Redenden auf 30 000 000, die der spanisch Redenden auf 26 000 000, die der englisch Redenden auf 21 000 000 und die der italienisch Redenden auf 16 000 000 veranschlagen. Heute dagegen wird die englische Sprache von 125 000 000, die russische ebenso wie die deutsche von 70 000 000, die französische von 50 000 000, die spanische von 40 000 000 und die italienische von 30 000 000 gesprochen. Der gewaltige Vorrang, den die englische Sprache in dem kurzen Zeitraum gewonnen hat, ist selbstverständlich in erster Linie dem staunenerregenden Emporkommen der Nordamerikanischen Union zu verdanken, auf die ziemlich genau die Hälfte der für sie angegebenen Zahl zu rechnen ist.

Wien, 17. Nov. (Johann Orth.) In Triest ist die Nachricht verbreitet, das Schiff „St. Margarete“ sei stark beschädigt aufgefunden worden; Johann Orth befindet sich an Bord vollkommen wohl. So erfreulich diese Meldung klingt, so bleibt doch, ehe man sich der Befreiung über das Schicksal Orths entschließen kann, eine Verthätigung für die Nachricht abzuwarten.

Graz, 17. Nov. (Marie-Wilt-Stiftung.) Die hier lebende Kaiserliche Kammerfräulein Marie Wilt stiftete anlässlich ihres gänzlich rüdtretts vom Theater 100 000 Gulden für Stipendien. Die jährlichen Zinsen von 4000 Gulden sollen 10 würdigen Hörern der 3 weltlichen Fakultäten der Universitäten Wien und Graz, welche den Doktorgrad zu erreichen im Begriff sind, zugewiesen werden. Die Stiftung heißt Marie-Wilt-Stiftung.

Neueste Telegramme.

(Nach Schluss der Redaktion eingetroffen.)

Berlin, 18. Nov. Die Arbeiter-Jahres-Kommission des Reichstags beendigte heute die Beratung des § 125 über den Kontraktbruch und nahm zu demselben folgende Aenderungen an: Der Arbeitgeber kann für den Tag des Vertragsbruchs und für jeden folgenden Tag der vertragsmäßigen oder gesetzlichen Arbeitszeit, höchstens aber für 6 Tage den Betrag des ortsüblichen Tagelohns fordern. Diese Forderung ist an einen Nachweis des erlittenen Schadens nicht gebunden. Durch die Geltendmachung des Schadens wird der Anspruch auf Vertragserfüllung und weiteren Schadenersatz ausgeschlossen. Die Annahme des § 125 erfolgte mit 14 gegen 11 Stimmen. Darauf

wurde auch der Abschnitt über Betriebsbeamte, Werkmeister und Techniker angenommen.

London, 18. Nov. Die „Times“ besprechen die Lage des Geldmarktes und erklären das Gerücht, Rothschild wolle die Finanzagentur Argentiniens übernehmen, für unbegründet. Ebenso unbegründet sei die Annahme, daß die Entziehung der Depositionen von Seiten Russlands Schwierigkeiten veranlasse. Die Firma hat noch russische Depositionen im Betrage von 2 440 000 Pfund. Die eingetretene hochgradige Besorgnis legt sich. Der Garantiefonds erreichte bis gestern 12 Millionen. Gestern fand starke Diskontofrage bei der Bank statt; der Diskont war liberal, er wurde zu sieben Prozent für 3 Monate bewilligt.

Großherzogliches Hoftheater.

Donnerstag, 20. Nov. 126. Ab.-Vorst.: „Solberg“, historisches Schauspiel in 5 Akten, von Paul Heyse. Anfang 7 1/2 Uhr.

Freitag, 21. Nov. 126. Ab.-Vorst.: „Die große Glocke“, Lustspiel in 4 Akten, von Oskar Blumenthal. (Titel: Fräulein Torson von München als Gast.) Anfang 7 1/2 Uhr.

Sonntag, 23. Nov. Wegen des Fuß- und Bettages keine Vorstellung.

Zu Baden. Mittwoch, 19. Nov. 16. Vorst. außer Ab. Einmaliges Gastspiel des Sächsl. Kammerjägers Herrn Scheidemann a. t. e. l. vom Kgl. Hoftheater in Dresden: „Der König wider Willen“, Oper in 3 Aufzügen nach einer Komödie von Anselot von Emilie de Najac und Paul Burani, deutsche Bearbeitung von Friedrich Fremery. Musik von Emanuel Chabrier. König Heinrich: Herr Scheidemann als Gast. Anfang 7 1/2 Uhr.

Familiennachrichten.

Karlsruhe, Auszug aus dem Standesbuch-Register.
Geburten. 13. Nov. Frieda, B.: Georg Adolf Welschfelder, Bahnarbeiter. — 14. Nov. Ludwig Friedrich, B.: Friedr. Frank, Schreiner. — Maria Karolina Heinrich, B.: Karl Fritterer, Modellschreiner. — Frieda, B.: Friedr. Stolzenberger, Fabrikarbeiter. — Albert, B.: Albert Treiber, Blechschmied. — 15. Nov. Willi Martha Mathilde Mina, B.: Maximilian Börlam, Apotheker. — Luise Karoline Käthen, B.: Gustav Dahmen, Schlosser. — Marie, B.: Robert Frey, Buchdrucker. — Marie Elisabeth, B.: W. Kirchgänger, Säger. — Katharina Bertha, B.: W. H. Harfingler, Konditor. — 16. Nov. Leopold Friedrich, B.: Friedr. Kühmann, Tagelöhner. — Peter, B.: Peter Holzmeier, Tischler. — Robert Günther, B.: Joh. Rob. Gogel, Buchbinder. — Frieda Luise, B.: Friedrich Rehlhofer, Schriftsetzer.

Todesfälle. 17. Nov. Karl Gentner von Kleinfeldbach, Metzger hier, mit Luise Kunz, Wwe. von Rörnach — Leopold Strübel von hier, Schreiner hier, mit Juliane Hanagart von Bruchsal. — Karl Nicolaus von Ettlingen, Postassistent hier, mit Sofie Trapp von hier.

Eheschließungen. 18. Nov. Karl Konnenmacher von Sulzfeld, Steinbauer hier, mit Katharina Mayer von Siegelbach. — Georg Lautemann von Dürheim, Fuhrmann hier, mit Theresia Maier von Durmersheim. — Rudolf Grams von Deutsch-Ronopath, Bieckfeldwibel hier, mit Martha Wiebe von Rulm. — Reinhard Handloser von Randegg, Schuhmacher hier, mit Anna Kirchgänger von Böllingen.

Todesfälle. 17. Nov. Philipp Spiegel, Ehemann, Zuschneider, 58 J. — Pauline, Wwe. von Bergolber Melchior Mühlthaler, 66 J. — Herbert, 1 J. 10 M. 2 T., B.: Konrad Nagel, Telegraphenassistent.

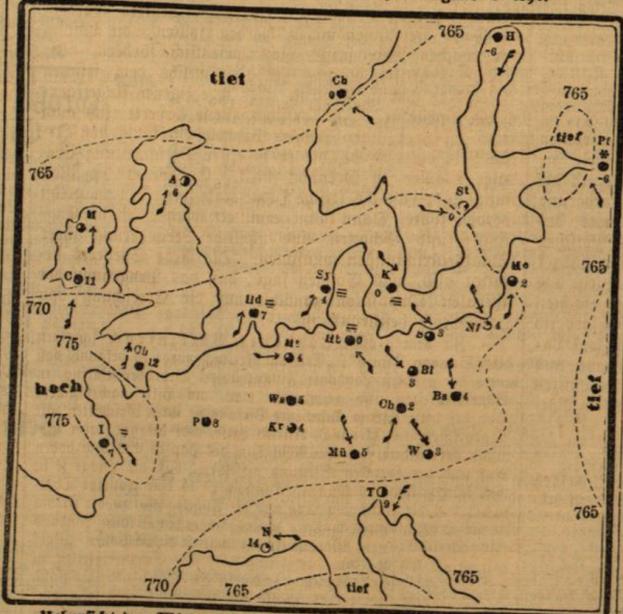
Witterungsbeobachtungen der Meteor. Station Karlsruhe.

November	Barom.	Therm.	Wind.	Relat. Feuchtigk.	Wind.	Witter.
17. Nov. 9 U.	761.1	+ 6.4	6.8	94	C	Klar
18. Nov. 7 U.	762.9	+ 3.3	5.5	95	"	bedeckt
18. Nov. 2 U.	762.6	+ 8.2	6.3	78	"	"

Wasserstand des Rheins. Wagan, 18. Nov., Mrgs., 3.91 m, gefallen 6 cm.

Verantwortlicher Redakteur: Wilhelm Harber in Karlsruhe.

Wetterkarte vom 18. November, Morgens 8 Uhr.



Uebersicht der Witterung. Der hohe Druck, dessen Kern über Westfrankreich liegt, hat sich seit gestern ostwärts über fast ganz Mitteleuropa ausgebreitet, doch ist hier das Wetter unter der Einwirkung von Depressionen, welche über Dänemark, sowie jenseits der Alpen liegen, vorwiegend trüb und vielfach neblig geblieben. Die Temperaturen sind in Deutschland gesunken. **Erklärung.** Die den Stationen beigefügten Zahlen geben die Temperaturgrade nach Celsius an; die den Kurven (Isobaren) beigefügten Zahlen bezeichnen den auf das Meer reduzierten Barometerstand in Millimeter.

Krankfurter telegraphische Kursberichte.

vom 18. November 1890.	
Staatspapiere.	Deutsche Bank 152.—
4% Deutsche Reichs-	Dresdener Bank 150.20
anleihe 105.—	Bahnaktien.
4% Preuß. Kons. 104.30	Staatsbahn 209 3/4
4% Baden in R. —	Lombarden 120.50
4% " in W. 103.—	Galizier 178 1/2
Österr. Goldrente 94.80	Elbthal 204 1/2
Silber. 87.80	Hess. Ludwigsb. 115.40
4% Ungar. Goldr. 89.10	Gottshard 158.60
1880r. Russen 76.90	Wechsel und Sorten.
II. Orientanleihe 77.20	Wechsel a. Amst. 168.15
Italiener compt. 92.—	" London 20.41
Egypter 96.40	" Paris 80.42
Spanier 74.50	" Wien 175.90
Holl.-Türken 89.40	Napoleonsdor 16.12
5% Serben 87.50	Privatdiskonto 5 1/2
Banken.	Bad. Industriebank 87.40
Kreditaktien 261 1/2	Nachbörse.
Diskonto-Kom-	Kreditaktien 260 3/8
mandit 210.—	Staatsbahn 209 3/4
Basler Bankver. 171.50	Darmstädterbank 153.—
Lombard. 153.—	Lombarden 120 3/4
Handelsbank 154.—	Lendenz: still.
Berlin.	Wien.
Def. Kreditakt. 164.—	Kreditaktien 298.20
Staatsbahn 105.60	Marknoten 56.80
Lombarden 60.60	Ungarn 101.50
Def. Kommand. 219.50	Lendenz: fest.
Marienburg. 56.70	Paris.
Dortmunder 85.—	3% Rente 94.55
Baurhütte 135.50	Spanier 74 1/2
Lendenz: —	Türken 18.—
	Ottomane 701.—
	Lendenz: —

W. Berlin, B. Bremen, C. Const., Ch. Chemnitz, Oberburg, Speyer, Hamburg, H. Harburg, H. Heber, I. H. d'Almeida, K. Karlsruhe, Kr. Krakau, M. Mannheim, N. Nürnberg, N. Neapel, N. Neuchâtel, P. Paris, Pt. Petersburg, S. St. Petersburg, T. Tübingen, W. Wien, W. Würzburg, Z. Zürich.

